Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für Einheimische und Reigschmeckte

Der Erzengel Gabriel ruft „Hallo Julia!“

Von Jan Sellner

Zum weiterhin beliebten Thema „Vorschitz“ trägt Kornelia Stahl aus Mönsheim ein Zitat ihrer Großmutter nach: „Als die Vorschitzgäste no schpät en dr Stub gsessa sen, hot d'Großmuadr gsait: ‚Daussa lauft's ällabott rom!‘ Sie wollte damit schwäbisch sparsam anmahnen: Der Stromzähler im Flur dreht sich unentwegt, wenn so spät noch Licht in der Stube brennt.“

„Bei oos said mr ‚Ausseläufe‘, wenn man sich bei Nachbarn oder Verwandten getroffen hat“, schreibt Waltraud Lachenmaier aus Hecken- und Schlehengau: „Ganz früher, im 19. Jahrhundert, hieß es offiziell ‚Lichtkarz‘ und wurde von der kirchlichen Obrigkeit nicht gerne gesehen, zeitweise sogar verboten. Man störte sich daran, dass junge Leute beiderlei Geschlechts sich dabei trafen und befürchteten unzüchtiges Verhalten.“

„Auch ich kenne diesen alten Brauch“, teilt uns Rose Golker aus Nürtingen mit: „Ich bin im Hohenlohischen aufgewachsen. Da haben sich Frauen aus dem Dorf an den Winterabenden getroffen und gestrickt (meistens Socken). Es gab eine Kleinigkeit zu essen und zu trinken, und jede Frau, die teilnahm, hat auch einmal selbst eingeladen. Es war ein sehr schöner alter Brauch. Später gab es dann den Landfrauenverein, und da traf man sich in der Dorfgaststätte zu Vorträgen und zum Basteln.“

Und auch zum „Pfuuzgen“ erreichen uns weitere Zuschriften. Thomas Steinle aus Sindelfingen meint: „Die schönste Erklärung für das ‚Pfuuzgen‘ lieferte einst unser schwäbischer Humorist Willy Reichert. In einem TV-Werbespot für die Cannstatter Mineralquellen öffnete er eine Flasche Sprudel und sagte im schönsten Honoratioren-Schwäbisch: ‚Sehen Sie wie des pfuuzgat!‘“

Von Albert Keller haben wir diese vorweihnachtliche Zuschrift erhalten: „I ben a 29er ond ka mi no guat a die Zeit noch em Krieg erinnere. Es isch glei noch Weihnachta gwea, no hot a Nochbere dr kleine Nochbarsbua gfrogt, was au 's Christlendle älles brocht häb. No hot er uffzählt: ‚Vo meire Mamma nuie Hedschich, vo meire Ahne a ganze Guck voll Nusse ond zwe Äpfel, ond mei Vadder hot mir a Schleifezt bronzt. . .!‘“

Ein weiteres Kindergöschle stammt von Ute Huss: „Vor vielen Jahren wurde im Kindergarten ein Krippenspiel geprobt, das an der Weihnachtsfeier aufgeführt werden sollte. Mein Sohn durfte die Rolle eines Hirten übernehmen, und er war mit Feuereifer bei jeder Probe dabei. Als ich ihn damals fragte, wie es mit der Probevorführung klappt, antwortete er: „I woiß oifach et, wer die Julia isch.‘ Ich antwortete: ‚In der Weihnachtsgeschichte gibt es keine Julia. Er: ‚Doch! Wenn der Erzengel Gabriel kommt, ruft der emmer ‚Hallo Julia!‘ Er meinte wohl: ‚Halleluja‘ . . .“

Der schwäbische Spruch des Tages kommt von J. A. Pratz: „Dr besè Bua sechd: ‚Wenn d' ned laufsch, nô drag i di hald.‘“

→ Schreiben Sie uns:
Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 14 01; E-Mail: schwaebisch@stzn.de

Strengere Handy-Regeln an Schulen

STUTGART. Die Nutzung privater Handys an Schulen soll in Baden-Württemberg konsequenter reguliert werden. Künftig müssen sich alle Schulen im Südwesten verbindliche Regeln für den Umgang mit den Geräten geben. Der Landtag beschloss am Mittwoch eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes. Bislang konnten sich Schulen ihre eigenen Regeln geben, waren dazu aber nicht verpflichtet. Künftig muss jede Schule verbindlich regeln, wie, wann und ob mobile Endgeräte auf dem Gelände genutzt werden dürfen. Die Handynutzung soll reguliert werden, „um Störungen des Unterrichts und des Schulalltags zu verhindern sowie die Entwicklung und das soziale Miteinander der Schülerinnen und Schüler zu fördern“, heißt es in dem Gesetz. Die Regeln sollen sich auf die private Nutzung von Smartphones und Co. beziehen. Die Nutzung eigener Geräte im Unterricht unter Anleitung von Lehrkräften soll weiter möglich sein. Grundschulen empfiehlt das Kultusministerium, ein striktes Handyverbot. dpa

BaWü-Check

Ängste um den Job kommen näher

Die kritische Lage vor allem der Industrie führt zu deutlichen Einschränkungen bei einem Gutteil der Menschen in Baden-Württemberg.

Von Matthias Schiermeyer

STUTTGART. Über Jahrzehnte waren die Automobil- und Zulieferindustrie und der Maschinenbau die Garanten einer florierenden baden-württembergischen Wirtschaft. Wenn ausgerechnet in den einstigen Hochburgen der Stabilität im großen Stil Personalabbau betrieben wird, macht das was mit den Menschen. Ein erheblicher Teil sieht dahinrinnen, was das Land stark gemacht hat.

Jeder kann verfolgen, wie Mercedes-Benz, Porsche sowie die Zuliefererkonzerne Bosch, ZF & Co. ins Straucheln kommen. Am eindrücklichsten macht sich dies im neuen BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen an der Frage fest, ob der Region Stuttgart ein Szenario droht wie der US-Autostadt Detroit (Michigan), sofern sich die Lage in der Automobilindustrie nicht verbessert – ein Niedergang auf ganzer Linie nämlich. Bemerkenswerte 45 Prozent halten dies für möglich, wie das Institut für Demoskopie Allensbach feststellt. Lediglich knapp jeder Dritte hält dies für zu pessimistisch.

Entsprechend zeigen sich 57 Prozent der Befragten über die Lage der Automobilindustrie stark oder sehr stark beunruhigt. Unter denjenigen Beschäftigten, die die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes im Blick haben, geben sogar 71 Prozent an, dass sie stark oder sehr stark beunruhigt sind.

„Wer eine negative Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage zieht, der bewertet auch die wirtschaftliche Lage des Landes negativer, als das der Durchschnitt der Bevölkerung tut“, sagt die Geschäftsführerin des Allensbacher Instituts, Renate Köcher. Insofern lässt sich auch ein erstaunlicher Wandel im Meinungsbild der Baden-Württemberger erkennen: Vormals zeigte die Mehrheit der Bevölkerung zwar besorgt, aber kaum persönlich von der Krise betroffen. Nun hat sich der Kreis derer, die Konsequenzen für ihren Arbeitsplatz fürchten, deutlich vergrößert.

Der Stimmungswandel führt zu einem veränderten Konsumverhalten. Zwei Drittel der Bevölkerung achten nach eigenen Angaben beim Einkaufen derzeit mehr auf den Preis als früher, knapp jeder Zweite versucht sich generell einzuschränken und sparsamer zu leben, und fast jeder Dritte hat zuletzt größere Anschaffungen vorerst verschoben.

> „Wer eine negative Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage zieht, der bewertet auch die Lage des Landes negativer.“
>
> **Renate Köcher,** Chefin des Allensbach Instituts

Auch die Probleme des Arbeitsmarktes rücken näher an die Bevölkerung heran: 16 Prozent wissen von Angehörigen zu berichten, die sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, weitere sieben Prozent haben Familienangehörige, die ihren Job bereits verloren haben. Jeder Zehnte macht sich auch Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, unter den Berufstätigen sind es 15 Prozent. Drei Prozent haben ihren Arbeitsplatz bereits verloren. Köcher relativiert jedoch: Der Anteil der Erwerbstätigen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, sei deutlich niedriger als beispielsweise in der kritischen Phase nach der Jahrtausendwende, was trotz Wirtschaftsflaute an einem noch relativ robusten Arbeitsmarkt liege. „Die große Mehrheit rechnet mit einem nur moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit“, so Köcher.

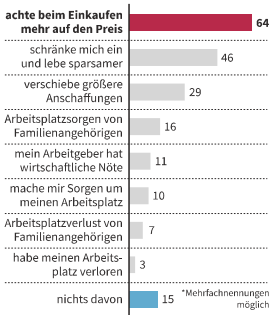
Die Mehrheit der Arbeitnehmer wäre dennoch bereit, Einschränkungen für den Erhalt des eigenen Jobs in Kauf zu nehmen, falls er gefährdet wäre: So würde es knapp jeder zweite Arbeitnehmer akzeptieren, sich umschulen zu lassen oder eine Fortbildung zu machen, um den eigenen Arbeitsplatz zu erhalten. Jeweils 37 Prozent könnten sich vorstellen, ihre Arbeitszeiten zu verlängern oder Kurzarbeit zu machen; knapp jeder Vierte wäre bereit, auf Urlaubstage zu verzichten. Eine Minderheit von neun Prozent hingegen würde Lohnkürzungen akzeptieren, um den eigenen Job zu erhalten. Und lediglich 15 Prozent der Arbeitnehmer wären gar nicht zu Zugeständnissen bereit. Speziell Berufstätige aus den unteren Einkommensgruppen würden Einschränkungen weniger akzeptieren als Berufstätige aus den mittleren oder höheren Einkommensstufen.

Jahrzehntelang war die Autoindustrie ein Garant für Wohlstand. Foto: Imago/Hans-Günther Oed

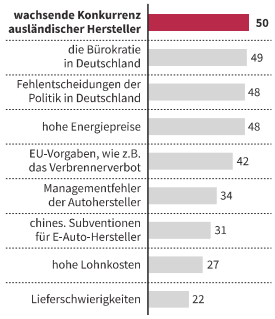
Auch der Maschinenbau brauchte gut ausgebildetes Personal. Foto: dpa/Marijan Murat

Wie die wirtschaftliche Krise das Denken der Menschen prägt

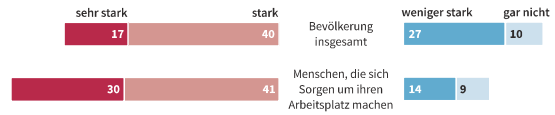
Welche Auswirkungen hat die schlechtere wirtschaftliche Lage bereits auf Sie?
Angaben in Prozent*



Wo sehen Sie die wichtigsten Gründe für die schwierige Lage der Autoindustrie?
Angaben in Prozent*



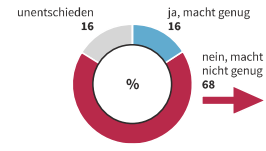
Die Lage der Automobilindustrie in Baden-Württemberg beunruhigt Sie wie stark?
Angaben in Prozent



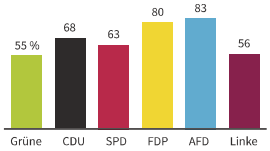
Ein zweites Detroit? Droht Stuttgart ein wirtschaftlicher Niedergang, wenn sich die Lage der Autoindustrie nicht verbessert?

Autos von deutschen Herstellern sind oft teurer als Autos von anderen Herstellern. Wie würden Sie sich im Zweifel entscheiden?

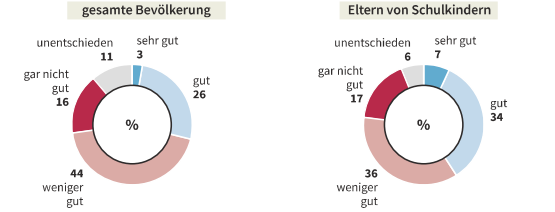
Macht die Landesregierung Ihrer Meinung nach genug, um Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort zu stärken?



Nein, macht nicht genug nach Wählern von:



Wie gut werden Kinder in Baden-Württembergs Schulen auf das Berufsleben vorbereitet?



Grafiken: Krause, Zapletal

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre Quelle: Allensbach, IfD-Umfrage 6195/I

Hintergrund zum BaWü-Check

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen, durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach. Insgesamt beteiligen sich 45 Zeitungsverlage.

Zeitraum Im November und Dezember wurden in Baden-Württemberg 1021 Menschen in einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 16 Jahren befragt. Die Befragten sind Mitglieder eines Online-Panels, die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen. Die Stichprobe wurde gewichtet, dabei orientierte man sich am Mikrozensus 2023.

Fragebogen Die für die Befragung ausgewählten Personen bekamen per E-Mail eine Einladung zur Teilnahme und füllten einen Online-Fragebogen mit 15 Fragen aus. *red*

Dass die Krise ins Bewusstsein eindringt, zeigt sich auch daran, dass der Kreis derer, die für die kommenden fünf Jahre mit Wohlstandseinbußen rechnen, kontinuierlich wächst. Aktuell befürchten schon 28 Prozent der Bevölkerung eine Verschlechterung ihrer materiellen Situation. In einer bundesweiten Befragung des Allensbach Instituts im Mai lag der Anteil noch bei 16 Prozent, damit deutlich niedriger. Doch glaubt die Mehrheit nach wie vor nicht, dass sich ihre materielle Lage nennenswert verschlechtert. Da lohnt aber auch der Blick auf die Altersgruppe: In der jungen Generation geht rund die Hälfte davon aus, dass sich ihre eigene ökonomische Lage verbessern wird – bei den über 60-Jährigen sind es nur zehn Prozent.

Vier Monate vor den Landtagswahlen im Südwesten überrascht nicht, dass das Wahlverhalten von der aktuellen Misere geprägt sein dürfte. 68 Prozent meinen, dass die Landesregierung mehr tun müsste, um den Wirtschaftsstandort zu stärken. Überdurchschnittlich sind die Anhänger von AfD und FDP davon überzeugt, unterdurchschnittlich die Anhänger von SPD, Grünen und Linken.

> „Die große Mehrheit rechnet mit einem moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit.“
>
> **Renate Köcher,** Meinungsforscherin

Entsprechend skeptisch wird die Wirtschaftsministerin des Landes, Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU), bewertet: Von denen, die die Ministerin kennen, beurteilen 34 Prozent die Arbeit der Politikerin positiv, während ihr 22 Prozent eine „weniger gute“ und 21 Prozent „keine gute“ Arbeit attestieren. Rund jeder Vierte traut sich in dieser Frage kein Urteil zu. Besonders kritisch äußern sich erneut die potenziellen Wähler von AfD und FDP, während das Urteil der Anhänger der Regierungsparteien, Grüne und CDU, überwiegend positiv ausfällt.

Wenn es generell um Wege in eine bessere Zukunft geht, wird stets das Bildungssystem genannt. Die Erwartungen sind hoch. An der Spitze der Forderungen, wofür sich ein Bildungspolitiker besonders einsetzen sollte, stehen Integrationsmaßnahmen und eine bessere Vorbereitung auf das Berufsleben. 60 Prozent erwarten den Einsatz für verpflichtende Deutschkurse zugunsten von Schülerinnen und Schülern mit Sprachproblemen, 59 Prozent fordern, dass Kinder und Jugendliche in den Schulen mehr auf das Berufsleben vorbereitet werden, und 50 Prozent werben für die Sanierung maroder Schulbauten.

Knapp jeder Zweite sieht es als zentrale Aufgabe der Bildungspolitik an, für eine bessere digitale Ausstattung der Schulen sowie für weniger Stundenausfall zu sorgen. Vier von zehn Bürgern halten es zudem für besonders wichtig, dass der Wert von Ausbildungsberufen erhöht wird, damit sich mehr Schüler für eine Lehre entscheiden, ebenso viele wünschen sich kleinere Klassen. Auch die Förderung von leistungsschwächeren Schülern sowie die Integration von ausländischen Schülern halten viele für elementar.

Beim Übergang von der Schule in den Beruf hapert es offenkundig – die Wirtschaft wirbt schon seit Jahren darum, mehr Einfluss auf die berufliche Orientierung der Schülerinnen und Schüler zu gewinnen. Erfolge stellen sich nur langsam ein. Auch die große Mehrheit der Befragten hat den Eindruck, die Schulen im Südwesten würden unzureichend auf das Berufsleben vorbereiten: 60 Prozent sind davon überzeugt, dass die Kinder weniger oder gar nicht gut auf den Wechsel eingestimmt werden; lediglich 29 Prozent halten die Anstrengungen der Schulen in dieser Hinsicht für gut oder sehr gut.